

Bundesgesetzblatt ²⁸⁰⁹

Teil II

G 1998

2002

Ausgegeben zu Bonn am 3. Dezember 2002

Nr. 43

Tag	Inhalt	Seite
28. 11. 2002	Gesetz zu den Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen vom 23. Februar 2001 und zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien vom 2. März 2001 (Organisierte Kriminalität (OK)-Zusammenarbeitsgesetz) <small>GESTA: XB007</small>	2810
17. 10. 2002	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Protokolls zur Ergänzung des deutsch-lettischen Abkommens vom 5. April 1993 über den Luftverkehr	2822
18. 10. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC)	2822
18. 10. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle	2823
21. 10. 2002	Bekanntmachung der deutsch-amerikanischen Vereinbarung über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „ACS Defense, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-01-01)	2824
22. 10. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen	2826
22. 10. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens	2826
24. 10. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Auslieferungsübereinkommens sowie des Zweiten Zusatzprotokolls hierzu	2827
29. 10. 2002	Bekanntmachung von Änderungen der Statuten der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial	2829
30. 10. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten	2830
30. 10. 2002	Bekanntmachung des deutsch-kamerunischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	2830
30. 10. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen und des Übereinkommens zur Durchführung des Teils XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen	2833
4. 11. 2002	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern	2840

**Gesetz
zu den Abkommen
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Litauen vom 23. Februar 2001
und zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Slowenien vom 2. März 2001
(Organisierte Kriminalität (OK)-Zusammenarbeitsgesetz)**

Vom 28. November 2002

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Folgenden völkerrechtlichen Verträgen wird zugestimmt:

1. dem in Wilna am 23. Februar 2001 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Litauen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten mit erheblicher Bedeutung,
2. dem in Laibach am 2. März 2001 unterzeichneten Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Slowenien über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung.

Die Abkommen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates folgende völkerrechtlichen Verträge (Anlage 1 bis 4 der Bundestags-Drucksache 14/9712) einschließlich solcher vorab vorzunehmender Änderungen, die den in Artikel 1 Nr. 1 und 2 dieses Gesetzes genannten Abkommen entsprechen, in Kraft zu setzen:

1. das am 7. März 1994 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Estland über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung,
2. das am 30. März 1995 in Bonn unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Lettland über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität sowie des Terrorismus und anderer Straftaten von erheblicher Bedeutung,
3. das am 3. Mai 1999 in Moskau unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Russischen Föderation über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Straftaten von erheblicher Bedeutung,
4. das am 18. Juni 2002 in Breslau unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und anderer schwerer Straftaten.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Die Tage, an denen die in Artikel 1 genannten Abkommen nach ihrem jeweiligen Artikel 10 Abs. 1 jeweils in Kraft treten, sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 28. November 2002

Der Bundespräsident
Johannes Rau

Der Bundeskanzler
Gerhard Schröder

Der Bundesminister des Innern
Schily

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Litauen
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität,
des Terrorismus und anderer Straftaten mit erheblicher Bedeutung

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės
ir Lietuvos Respublikos Vyriausybės Sutartis
dėl bendradarbiavimo kovojant su organizuotu nusikalstamumu,
terorizmu ir kitais sunkiais nusikaltimais

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Litauen –

Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė
ir
Lietuvos Respublikos Vyriausybė

in der Absicht, auf der Grundlage der Erklärung vom 21. Juli 1993 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen einen Beitrag zur Entwicklung der Beziehungen zu leisten,

in der Überzeugung, dass die Zusammenarbeit für die wirksame Verhinderung und Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung, insbesondere der organisierten Kriminalität, der Rauschgiftkriminalität, der unerlaubten Einschleusung von Personen sowie des Terrorismus von wesentlicher Bedeutung ist,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor kriminellen Handlungen zu schützen,

in Anerkennung der großen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität und in dem Wunsch, einander möglichst umfassend Unterstützung zu gewähren und die Wirksamkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich zu steigern,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, deren Teilnehmer die beiden Staaten sind, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung,

in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten –

sind wie folgt übereingekommen:

remdamosi 1993 m. liepos 21 d. Deklaracija dėl Vokietijos Federacinės Respublikos ir Lietuvos Respublikos santykių pagrindų ir ketindamos toliau plėtoti šiuos santykius,

įsitikinusios, kad bendradarbiavimas turi svarbią reikšmę veiksmingai užkardant sunkius nusikaltimus ir kovojant su jais, ypač su organizuotu nusikalstamumu, nusikaltimais, susijusiais su narkotikais, nelegaliu asmenų gabenimu per sieną bei terorizmu,

siekdamos savo valstybės teritorijoje veiksmingai apsaugoti savo valstybių piliečius ir kitus asmenis nuo nusikalstamų veiksmų,

pripažindamos didelę tarptautinio bendradarbiavimo svarbą kovojant su nusikalstamumu ir norėdamos viena kitai suteikti kuo didesnę paramą ir glaudžiau bendradarbiauti,

atsižvelgdamos į tarptautinių konvencijų, prie kurių abi valstybės yra prisijungusios, tikslus bei principus ir į Jungtinių Tautų ir jų specialiųjų organizacijų rezoliucijas dėl kovos su nusikalstamumu,

siekdamos plėtoti abipusius santykius,

susitarė:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Republik Litauen, im Folgenden Vertragsparteien genannt, arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und anderer Straftaten mit erheblicher Bedeutung zusammen, die gemeinsame Maßnahmen der zuständigen Behörden beider Staaten erfordern, insbesondere bei Straftaten, die unter Einbeziehung organisierter krimineller Strukturen begangen werden.

(2) Sofern organisierte kriminelle Strukturen bei der Tatplanung oder -begehung erkennbar sind, arbeiten die Vertragsparteien unabhängig von der Schwere der Straftat zusammen, insbesondere bei der Bekämpfung von:

- Straftaten gegen das Leben, die Gesundheit und die persönliche Freiheit,
- illegalem Verkehr von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen sowie von Vorläufersubstanzen,
- Terrorismus,
- unerlaubter Einschleusung von Ausländern, Menschenhandel und Ausbeutung der Prostitution durch Dritte,
- Erpressung,
- illegalem Verkehr mit Waffen, Munition, Sprengmitteln, Sprengstoffen und radioaktiven Materialien,
- Eigentumskriminalität,
- Herstellung, Besitz und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie der Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere,
- Fälschung und Verfälschung von öffentlichen Dokumenten und Urkunden,
- Geldwäsche.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die Fragen der Auslieferung und der Erweisung der Rechtshilfe in Strafsachen sowie die Unterstützung und Rechtshilfe in Fiskalsachen.

Artikel 2

(1) Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen den nachfolgend genannten zuständigen Behörden,

auf deutscher Seite:

- Bundesministerium des Innern,
- Bundesministerium für Gesundheit,
- Bundeskriminalamt,
- Grenzschutzdirektion,
- Zollkriminalamt;

auf litauischer Seite:

- Innenministerium,
- Polizeidepartement beim Innenministerium,
- Grenzpolizeidepartement beim Innenministerium,
- Steuerpolizeidepartement beim Innenministerium,
- Zolldepartement beim Finanzministerium.

(2) Die Vertragsparteien werden einander über Änderungen der Bezeichnung der Behörden nach Absatz 1 auf diplomatischem Wege unterrichten.

1 straipsnis

1. Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybė ir Lietuvos Respublikos Vyriausybė toliau – Susitariančiosios Šalys, vadovaudamosi savo valstybių įstatymais, bendradarbiauja kovodamos su organizuotu nusikalstamumu, terorizmu ir kitais sunkiais nusikaltimais, kuriems užkardyti reikalingos abiejų valstybių kompetentingų institucijų priemonės, ypač kovojant su nusikaltimais, padarytais pasitelkus organizuotas nusikalstamas struktūras.

2. Jeigu planuojant arba darant nusikaltimą dalyvavo organizuotos nusikalstamos struktūros, Susitariančiosios Šalys bendradarbiauja nepaisydamos nusikaltimo sunkumo, ypač kovodamos su:

- nusikaltimais asmens gyvybei, sveikatai ir laisvei,
- neteisėta narkotinių ir psichotropinių medžiagų, taip pat jų pirmtakų apyvarta,
- terorizmu,
- neteisėtu užsieniečių gabenimu per sieną, prekyba žmonėmis ir sąvadavimu,
- turto prievartavimu,
- neteisėta ginklų, šaudmenų, sprogmenų, sprogstamųjų ir radioaktyviųjų medžiagų apyvarta,
- nusikaltimais nuosavybei,
- netikrų pinigų gamyba, laikymu ir platinimu, negrynų mokėjimo priemonių arba vertybinių popierių klastojimu, taip pat suklastotų negrynų mokėjimo priemonių arba vertybinių popierių panaudojimu,
- oficialių dokumentų ir liudijimų padirbinėjimu bei klastojimu,
- pinigų plovimu.

3. Ši sutartis netaikoma ekstradicijai ir teisinės pagalbos teikimui baudžiamosiose bylose bei paramos ir teisinės pagalbos teikimui mokesčių pažeidimų bylose.

2 straipsnis

1. Įgyvendindamos šią sutartį, Susitariančiosios šalys tiesiogiai bendradarbiaus per toliau išvardytas kompetentingas institucijas:

Vokietijoje:

- Federalinę vidaus reikalų ministeriją,
- Federalinę sveikatos apsaugos ministeriją,
- Federalinę kriminalinės policijos valdybą,
- Pasienio apsaugos direkciją,
- Muitinės kriminalinės policijos valdybą.

Lietuvoje:

- Vidaus reikalų ministeriją,
- Policijos departamentą prie Vidaus reikalų ministerijos,
- Pasienio policijos departamentą prie Vidaus reikalų ministerijos,
- Mokesčių policijos departamentą prie Vidaus reikalų ministerijos,
- Muitinės departamentą prie Finansų ministerijos;

2. Susitariančiosios Šalys diplomatiniais kanalais praneša viena kitai apie pirmoje dalyje nurodytų institucijų pavadinimų pakeitimus.

Artikel 3

Zum Zwecke der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien:

- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Informationen über begangene oder geplante Straftaten, über Tätergruppen, deren Strukturen, Verbindungen und Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung, Ermittlung, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung erforderlich ist;
- auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen sowie abgestimmte operative Maßnahmen zur Verhütung, Ermittlung, Verhinderung und Aufklärung von Straftaten durchführen. Sie können im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 1 Absatz 3 die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Seite bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten;
- gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Verkehrs, insbesondere der illegalen Herstellung von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen sowie von Vorläufersubstanzen durchführen;
- Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen sowie von Vorläufersubstanzen austauschen und Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs ergreifen;
- bei Bedarf Verbindungsbeamte entsenden;
- einander Muster von Gegenständen und Stoffen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen;
- nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden;
- kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts andere Maßnahmen ergreifen, die den Zielen dieses Abkommens und Verpflichtungen aus anderen für beide Staaten verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen entsprechen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden zur Bewertung der Umsetzung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durchführen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens schließen.

Artikel 5

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen der Zusammenarbeit die Souveränität oder die Sicherheit des Staates beeinträchtigen kann oder den Grundsätzen seines eigenen Rechts, seinen internationalen Verpflichtungen oder anderen wesentlichen Interessen des Staates widerspricht, so kann die Erfüllung des Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen ganz oder teilweise verweigert oder von Bedingungen oder Auflagen abhängig gemacht werden.

(2) Die Unterstützung kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, deretwegen das Ersuchen erging, nach dem im Staat der ersuchten Vertragspartei geltenden Recht keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird über die Verweigerung, in der Regel unter Angabe der Gründe, unterrichtet.

3 straipsnis

Turėdamos tikslą bendradarbiauti, Susitariančiosios Šalys:

- vadovaudamosi savo valstybių įstatymais, keisis informacija apie padarytus arba galimus padaryti nusikaltimus, nusikaltėlių grupes, jų struktūras, ryšius ir veiklos metodus, jei tai reikalinga sunkiems nusikaltimams užkardyti, tirti ir išaiškinti;
- kitos Susitariančiosios Šalies prašymu atliks prašymą gavusios Susitariančiosios Šalies įstatymų leidžiamus veiksmus bei imsis suderintų skubių priemonių nusikaltimams užkardyti, tirti ir išaiškinti. Vadovaudamosi savo valstybių įstatymais ir atsižvelgdamos į 1 straipsnio 3 dalies nuostatą, jos gali leisti kitos Susitariančiosios Šalies kompetentingos institucijos atstovams dalyvauti įgyvendinant skubias priemones;
- atliks bendrus veiksmus kovodamos su neteisėta narkotikų apyvarta, ypač su nelegalia narkotinių ir psichotropinių medžiagų, taip pat jų pirmtakų gamyba;
- keisis teisėtos narkotinių bei psichotropinių medžiagų, taip pat jų pirmtakų apyvartos kontrolės patirtimi ir imsis priemonių užkirsti kelią piktnaudžiavimui;
- esant poreikiui, siųs teisėsaugos atašė;
- pateiks viena kitai pavyzdžius medžiagų ir daiktų, kurie buvo įgyti nusikaltimo metu ir kurie gali būti arba buvo panaudoti darant nusikaltimą;
- pagal išgales siųs specialistus tobulinti kvalifikacijos ir pasidalyti patirtimi;
- keisis kriminalistikos ir kriminologijos tyrimų rezultatais;
- vadovaudamosi savo valstybių įstatymais, imsis kitų priemonių, kurios atitinka šios sutarties tikslus ir kitų tarptautinių sutarčių, prie kurių abi valstybės yra prisijungusios, įsipareigojimus.

4 straipsnis

1. Susitariančiosios Šalys prireikus tarpusavyje konsultuosios dėl sutarties vykdymo ir tikslingumo ją papildyti arba pakeisti.

2. Susitariančiųjų Šalių kompetentingos institucijos gali sudaryti darbo grupes, organizuoti ekspertų susitikimus ir pasirašyti susitarimus dėl šios sutarties vykdymo.

5 straipsnis

1. Jei viena Susitariančiųjų Šalių mano, kad patenkinus prašymą arba įgyvendinus kitas bendradarbiavimo priemones gali būti pakenkta valstybės suverenitetui ar saugumui arba būtų prieštaraujama jos pačios įstatymams, tarptautiniams įsipareigojimams ar kitiems esminiams valstybės interesams, ji gali visiškai arba iš dalies atsisakyti patenkinti prašymą arba įgyvendinti kitas priemones, arba tai daryti taikydama apribojimus, arba sieti su kitomis sąlygomis ir įpareigojimų suteikimu.

2. Parama gali būti nesuteikta ir tuo atveju, jei veiksmas, dėl kurio buvo paduotas prašymas, pagal prašymą gavusios Susitariančiosios šalies įstatymus nėra nusikalstamas veiksmas.

3. Prašymą padavusi Susitariančioji Šalis informuojama apie atsisakymą patenkinti prašymą, paprastai nurodant priežastis.

Artikel 6

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 2 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
4. Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Daten sowie über ihren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Das Recht des Betroffenen auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 7

Anfragen, Informationen und Dokumente, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen, werden auf Bitte der übermittelnden Stelle der anderen Vertragspartei vertraulich behandelt. Der Grund für eine solche Bitte ist anzugeben.

Artikel 8

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in der deutschen, der litauischen oder der englischen Sprache.

6 straipsnis

Atsižvelgdamos į kiekvienos Susitariančiosios Šalies vidaus įstatymus, šios sutarties 2 straipsnyje nurodytos Susitariančiųjų Šalių institucijos perduoda asmens duomenis (toliau – duomenys) ir panaudoja juos pagal šias nuostatas:

1. Duomenis gavusi Susitariančiosios Šalies institucija duomenis perdavusią kitos Sutariančiosios Šalies instituciją jos prašymu informuoja apie perduotų duomenų panaudojimą ir tokiu būdu gautus rezultatus.
2. Gavėjui leidžiama panaudoti duomenis tik šioje sutartyje nustatytiems tikslams ir duomenis perdavusios institucijos nustatytais sąlygomis. Be to, duomenis leidžiama panaudoti sunkiems nusikaltimams užkardyti bei išaiškinti bei visuomenės saugumui iškilusiam dideliame pavojui pašalinti.
3. Duomenis perduodanti institucija yra įpareigota stebėti, kad perduodami duomenys būtų tikslūs ir iš tikrųjų reikalingi bei atitinkantys siekiamą tikslą. Kartu reikia laikytis atitinkamos valstybės galiojančių vidaus įstatymų dėl draudimo perduoti duomenis. Duomenys neperduodami, jei duomenis perduodanti institucija turi pagrindo manyti, kad tokiu atveju būtų pažeisti valstybės vidaus įstatymai arba būtų pakenkta interesams tų asmenų, kurių duomenis prašoma pateikti. Jei paaiškėja, kad buvo perduoti neteisingi duomenys arba duomenys, kurių nebuvo galima perduoti, gavėjas nedelsiant informuojamas apie tai. Jis privalo duomenis ištaisyti arba sunaikinti.
4. Suinteresuoto asmens prašymu jam turi būti suteikta informacija, kokie duomenys apie jį turimi ir kokiam tikslui numatyta juos panaudoti. Suinteresuoto asmens teisę į informacijos suteikimą reglamentuoja Susitariančiosios Šalies, kurios teritorijoje buvo paduotas prašymas suteikti informaciją, įstatymai. Prašymas suteikti tokio pobūdžio informaciją gali būti atmetas, jei valstybės interesas neteikti informacijos yra svarbesnis už prašymą padavusio asmens interesus.
5. Duomenis perduodanti institucija juos perduodama, nurodo savo valstybės įstatymų nustatytus šių duomenų saugojimo terminus, kuriems pasibaigus jie turi būti sunaikinti. Kad ir kokie būtų šie terminai, perduoti duomenys turi būti sunaikinti, kai tik jie tampa nereikalingi tam tikslui, kuriam buvo perduoti.
6. Duomenis perduodanti ir duomenis gaunanti institucija užtikrina, kad duomenų perdavimas ir gavimas būtų įforminamas dokumentais.
7. Duomenis perduodanti ir duomenis gaunanti institucija privalo tinkamai saugoti perduotus duomenis, kad pašaliniai asmenys, neturintys leidimo, negalėtų prieiti prie duomenų, juos keisti ar skelbti.

7 straipsnis

Kitos Susitariančiosios Šalies institucijos, perduodančios duomenis, prašymu paklausimai, informacija ir dokumentai, gaunami vadovaujantis šia sutartimi, turi būti laikomi paslapyje. Tokio prašymo priežastis turi būti nurodyta.

8 straipsnis

1. Pagal šią sutartį bendradarbiaujama vokiečių, lietuvių arba anglų kalbomis.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Sofern die Vertragsparteien nicht anders vereinbart haben, trägt die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten die ersuchte Seite mit Ausnahme der Reisekosten für Vertreter der ersuchenden Seite.

Artikel 9

Durch dieses Abkommen werden die in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei auf diplomatischem Wege schriftlich gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Tag wirksam, an dem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Geschehen zu Wilna am 23. Februar 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und litauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. Pagal šią sutartį prašymus pateikti informaciją arba vykdyti priemones šios sutarties 2 straipsnyje išvardytos abiejų šalių kompetentingos institucijos perduoda tiesiogiai raštu. Skubiais atvejais prašymas gali būti perduotas ir žodžiu, tačiau nedelsiant turi būti patvirtintas raštu.

3. Išlaidas, susijusias su prašymo vykdymu, išskyrus prašymą padavusios šalies atstovų kelionės išlaidas, apmoka prašymą gavusi šalis, nebent šalys nuspręstų kitaip.

9 straipsnis

Sudarius šią sutartį, Susitariančiųjų Šalių teisės arba pareigos, įtvirtintos dvišalėse arba daugiašalėse sutartyse, nepasi-keičia.

10 straipsnis

1. Ši sutartis įsigalioja praėjus 30 dienų nuo tos dienos, kai Susitariančios Šalys notomis viena kitai praneša, kad įvykdė sutarčiai įsigaliojimo būtinas sąlygas savo valstybėje. Ši data priklauso nuo paskutinio pranešimo gavimo dienos.

2. Ši sutartis sudaroma neribotam laikui. Kiekviena šalis gali ją nutraukti diplomatiniais kanalais pranešdama apie tai raštu. Sutartis netenka galios praėjus šešiams mėnesiams nuo tos dienos, kai žinia apie sutarties nutraukimą pasiekė kitą Susitariančiąją šalį.

Sudaryta Vilniuje 2001 m. vasario 23 d. dviem egzemplioriais ir vokiečių kalbomis ir lietuvių, abu tekstai turi vienodą teisinę galią.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Vokietijos Federacinės Respublikos Vyriausybės vardu
von Berg
Schily

Für die Regierung der Republik Litauen
Lietuvos Respublikos Vyriausybės vardu
V. Markevičius

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Republik Slowenien
über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
von Straftaten mit erheblicher Bedeutung

Sporazum
med Vlado Zvezne republike Nemčije
in Vlado Republike Slovenije
o sodelovanju pri zatiranju hujših kaznivih dejanj

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Slowenien
(im Folgenden Vertragsparteien genannt) –

Vlada Zvezne republike Nemčije
in
Vlada Republike Slovenije
(v nadaljevanju: pogodbenici)
sta se

besorgt über das Anwachsen der Kriminalität, insbesondere ihrer organisierten Formen,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor kriminellen Handlungen zu schützen,

in Anerkennung der großen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität und in dem Wunsch, einander möglichst umfassend Unterstützung zu gewähren und die Wirksamkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich zu steigern,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der völkerrechtlichen Übereinkünfte, die die beiden Vertragsparteien ratifiziert haben, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung,

in dem Bestreben, einen Beitrag zur Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen zu leisten –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung zusammen, die gemeinsame Maßnahmen der zuständigen Behörden beider Staaten erfordern, insbesondere bei Straftaten, die unter Einbeziehung organisierter krimineller Strukturen begangen werden.

zaskrbljeni zaradi naraščanja kriminalitete, predvsem njenih organiziranih oblik,

v prizadevanju, da bi državljane svojih držav in druge osebe na svojem ozemlju učinkovito zaščitili pred kriminalnimi dejanji,

ob priznavanju velikega pomena mednarodnega sodelovanja pri zatiranju kriminalitete in v želji, da bi zagotovili čim večjo medsebojno podporo ter povečali učinkovitost sodelovanja na tem področju,

ob upoštevanju ciljev in načel mednarodnopravnih sporazumov, ki sta jih ratificirali obe pogodbenici, ter resolucij Združenih narodov in njihovih posebnih organizacij na področju zatiranja kriminalitete,

v prizadevanju, da bi prispevali svoj delež pri razvoju medsebojnih odnosov,

dogovorili naslednje:

1. člen

(1) Pogodbenici sodelujeta v skladu s svojimi notranjepravnimi predpisi pri zatiranju hujših kaznivih dejanj, ki zahtevajo skupne ukrepe pristojnih organov obeh držav, predvsem pri tistih kaznivih dejanjih, ki vsebujejo elemente organiziranih kriminalnih združb in povezav.

(2) Sofern organisierte kriminelle Strukturen bei der Tatplanung oder -begehung erkennbar sind, arbeiten die Vertragsparteien unabhängig von der Schwere der Straftat zusammen, insbesondere bei der Bekämpfung von:

- illegaler Herstellung und illegalem Verkehr von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen, im Weiteren Rauschgift genannt, sowie von Vorläufersubstanzen hierzu,
- Terrorismus,
- unerlaubter Einschleusung von Ausländern, Menschenhandel und Zuhälterei,
- Erpressung,
- unerlaubtem Verkehr mit Waffen, Sprengstoffen, nuklearen und radioaktiven Materialien,
- Eigentumskriminalität,
- Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie die Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere,
- Geldwäsche,
- Fälschung und Verfälschung von Dokumenten und öffentlichen Urkunden.

(3) Dieses Abkommen berührt nicht die Fragen der Auslieferung und der Erweisung der gegenseitigen Rechtshilfe in Strafsachen sowie die Unterstützung und gegenseitige Rechtshilfe in Fiskalsachen.

Artikel 2

Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen ihren folgenden zuständigen Behörden:

auf deutscher Seite

- Bundesministerium des Innern,
- Bundesministerium für Gesundheit,
- Bundeskriminalamt,
- Grenzschutzdirektion,
- Zollkriminalamt;

auf slowenischer Seite

- Ministerium für Inneres,
- Ministerium für Gesundheit,
- Ministerium für Finanzen,
- Generaldirektion der Polizei.

Artikel 3

Zum Zwecke der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien:

- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Informationen über begangene oder geplante Straftaten, über Tätergruppen, deren Strukturen, Verbindungen und Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung, Aufklärung und Ermittlung von Straftaten von erheblicher Bedeutung erforderlich ist;
- auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen sowie abgestimmte operative Maßnahmen zur Verhütung, Aufklärung und Ermittlung von Straftaten durchführen, wobei sie im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 1 Absatz 3 die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Seite bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können;
- gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Verkehrs, insbesondere der illegalen Herstellung von Rauschgift und Vorläufersubstanzen hierzu durchführen;

(2) Če so pri načrtovanju ali storitvi kaznivih dejanj razpoznavne organizirane kriminalne združbe in povezave, pogodbenici sodelujeta ne glede na težo kaznivega dejanja, predvsem pa pri zatiranju:

- nezakonite proizvodnje in nezakonitega prometa s prepovedanimi drogami in psihotropnimi snovmi, v nadaljevanju imenovane prepovedane droge, ter predhodnimi sestavinami,
- terorizma,
- nedovoljenega vodenja tujcev čez mejo, trgovanja z ljudmi in zvodništva,
- izsiljevanja,
- nedovoljenega prometa z orožjem, razstrelivom, jedrskim in radioaktivnim materialom,
- premoženjske kriminalitete,
- izdelovanja in razpečevanja ponarejenega denarja, ponarejanja negotovinskih plačilnih sredstev ali vrednostnih papirjev ter uporabe ponarejenih negotovinskih plačilnih sredstev ali vrednostnih papirjev,
- pranja denarja;
- ponarejanja in prenašanja dokumentov in javnih listin.

(3) Ta sporazum se ne dotika vprašanja izročitve in izvajanja medsebojne pravne pomoči v kazenskih zadevah ter pomoči in medsebojne pravne pomoči v davčnih zadevah.

2. člen

Pri izvajanju tega sporazuma neposredno sodelujejo naslednji pristojni organi pogodbenic:

na nemški strani:

- Zvezno ministrstvo za notranje zadeve,
- Zvezno ministrstvo za zdravstvo,
- Zvezni kriminalistični urad,
- Uprava za varovanje meje,
- Carinski kriminalistični urad;

na slovenski strani:

- Ministrstvo za notranje zadeve,
- Ministrstvo za zdravstvo,
- Ministrstvo za finance,
- Generalna policijska uprava.

3. člen

Za izvajanje sodelovanja bosta pogodbenici:

- v okviru svojih notranjepravnih predpisov izmenjevali informacije o izvršenih ali načrtovanih kaznivih dejanjih, o skupinah storilcev, njihovih oblikah, povezavah in metodah dela, če je to potrebno za preprečevanje, odkrivanje in preiskovanje hujših kaznivih dejanj;
- na zaprosilo opravili ukrepe in dogovorjene operative ukrepe za preprečevanje, odkrivanje in preiskovanje kaznivih dejanj v skladu z zakonodajo zaprosene pogodbenice, pri čemer lahko v okviru svojega notranjega prava in s pridržkom tretjega odstavka 1. člena vsaka pogodbenica dovoli prisotnost predstavnikov pristojnih organov druge strani pri izvajanju operativnih ukrepov;
- izvajali skupne ukrepe za zatiranje nezakonitega prometa, zlasti nezakonite proizvodnje prepovedanih drog in predhodnih sestavin;

- Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Rauschgift und von Vorläufersubstanzen hierzu austauschen und Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs ergreifen;
 - bei Bedarf Verbindungsbeamte entsenden;
 - einander Muster von Gegenständen und Stoffen, die aus Straftaten erlangt oder für diese verwendet wurden oder werden können, zur Verfügung stellen;
 - nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden;
 - kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen;
 - im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts andere Maßnahmen ergreifen, die den Zielen dieses Abkommens und Verpflichtungen aus anderen für beide Staaten verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen entsprechen.
- izmenjevali izkušnje o nadzoru zakonitega prometa s prepovedanimi drogami in predhodnimi sestavinami ter izvajali ukrepe za preprečevanje zlorabe;
 - po potrebi izmenjevali oficirje za zvezo;
 - druga drugi dali na voljo vzorce predmetov in snovi, ki izvirajo iz kaznivih dejanj ali so bili oziroma so lahko uporabljeni za storitev le-teh;
 - v okviru možnosti izmenjevali strokovnjake za usposabljanje in izmenjavo izkušenj;
 - izmenjevali rezultate kriminalističnih in kriminoloških raziskav;
 - v okviru svojih notranjepravnih predpisov izvajali druge ukrepe, ki so v skladu z nameni tega sporazuma in z obveznostmi iz drugih mednarodnopravnih pogodb, ki so obvezujoče za obe državi.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden zur Bewertung der Umsetzung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durchführen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens schließen.

Artikel 5

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen der Zusammenarbeit die Souveränität oder die Sicherheit des Staates beeinträchtigen kann oder den Grundsätzen seines eigenen Rechts, seinen internationalen Verpflichtungen oder anderen wesentlichen Interessen des Staates widerspricht, so kann die Erfüllung des Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen ganz oder teilweise verweigert oder von Bedingungen oder Auflagen abhängig gemacht werden.

(2) Die Unterstützung kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, deretwegen das Ersuchen erging, nach dem im Staat der ersuchten Vertragspartei geltenden Recht keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird über die Verweigerung, in der Regel unter Angabe der Gründe, schriftlich unterrichtet.

Artikel 6

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im Weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 2 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in Bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn

4. člen

(1) Pogodbenici se bosta po potrebi posvetovali o izvajanju tega sporazuma ter o morebitnih potrebah za njegovo dopolnitev ali spremembe.

(2) Pristojni organi pogodbenic lahko ustanovijo delovne skupine, organizirajo strokovna srečanja in sklenejo dogovore za izvajanje tega sporazuma.

5. člen

(1) Če je ena od pogodbenic mnenja, da ugoditev zaprosilu ali izvedba drugih ukrepov sodelovanja lahko omeji suverenost ali varnost države ali je v nasprotju z osnovnimi načeli njenega prava, njenimi mednarodnimi obveznostmi ali drugimi bistvenimi interesi države, lahko ugoditev zaprosilu ali izvršitev drugih ukrepov v celoti ali deloma zavrne ali pa postavi določene pogoje ali zahteve za tako ugoditev.

(2) Pomoč se lahko zavrne tudi v primeru, če dejanje, na katerega se zaprosilo nanaša, po zakonodaji zaprosene države ni kaznivo dejanje.

(3) Pogodbenico prosilko je treba o zavrnitvi pisno obvestiti in praviloma navesti razloge.

6. člen

Posredovanje in uporaba osebnih podatkov, v nadaljevanju podatkov, poteka v okviru tega sporazuma ob upoštevanju notranjepravnih predpisov vsake pogodbenice prek pristojnih organov, navedenih v 2. členu, in v skladu z naslednjimi določbami:

1. Prejemnik ene pogodbenice pošiljatelja druge pogodbenice na zahtevo informira o uporabi posredovanih podatkov in o rezultatih, ki so bili s tem doseženi.
2. Prejemnik sme podatke uporabiti le za namene, določene s tem sporazumom, in pod pogoji, ki jih postavi pošiljatelj. Uporaba je poleg tega dopustna za preprečevanje in pregon hujših kaznivih dejanj ter za odvrnitev večjih nevarnosti za javno varnost.
3. Pošiljatelj je dolžan paziti na pravilnost posredovanih podatkov ter na upravičenost in sorazmernost glede na namen posredovanja. Pri tem je treba upoštevati prepovedi posredovanja, ki veljajo po notranjepravnih predpisih vsake pogodbenice. Do posredovanja podatkov ne pride, če ima pošiljatelj razlog za domnevo, da bo s tem kršen kakšen od

die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Erweist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung unverzüglich vorzunehmen.

4. Einer Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht wird.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 7

Anfragen, Informationen und Dokumente, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen, werden auf Bitte der übermittelnden Stelle von der anderen Vertragspartei vertraulich behandelt. Der Grund für eine solche Bitte ist anzugeben.

Artikel 8

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in der deutschen, slowenischen, englischen oder, nach Vereinbarung, in einer anderen Sprache.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten trägt die ersuchte Seite mit Ausnahme der Reisekosten für Vertreter der ersuchenden Seite.

Artikel 9

Durch dieses Abkommen werden die in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung maßgebend ist.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Das Abkommen kann von jeder Vertragspartei durch Notenwechsel gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, nachdem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

notranjerepravnih zakonskih predpisov ali pa omejevani interesi prizadete osebe, ki jih je potrebno zaščititi. Če se izkaže, da so bili posredovani nepravilni podatki ali pa podatki, ki se jih ne sme posredovati, je treba prejemnika o tem nemudoma obvestiti. Ta jih je dolžan takoj popraviti ali uničiti.

4. Na zahtevo je treba osebi, o kateri so bili posredovani podatki, dati informacijo o njenih obstoječih osebnih podatkih ter o namenu njihove uporabe. Pravica do informacije je odvisna od notranjerepravnih predpisov pogodbenic, na katere ozemlju se informacija zahteva. Informacija se lahko zavrne, če interes države, da se informacija ne da, prevlada nad interesom prosilca.
5. Pošiljatelj pri posredovanju podatkov opozori na roke za njihovo hrambo, predvidene po notranjerepravnih predpisih njegove države, po preteku katerih je treba te podatke uničiti. Ne glede na to je treba posredovane podatke uničiti takoj, ko niso več potrebni za namen, za katerega so bili posredovani.
6. Pošiljatelj in prejemnik morata zagotoviti uradno evidenciranje posredovanja in prejemanja podatkov.
7. Pošiljatelj in prejemnik sta dolžna posredovane podatke učinkovito zaščititi proti neupravičenemu dostopu, neupravičenemu spreminjanju in neupravičeni objavi.

7. člen

Zaprosila, informacije in dokumenti, ki se posredujejo v skladu s tem sporazumom, se na prošnjo pošiljatelja s strani druge pogodbenice obravnavajo kot zaupni. Razlog za to je potrebno navesti.

8. člen

(1) Sodelovanje v okviru tega sporazuma poteka v nemškem, slovenskem, angleškem ali po dogovoru v katerem drugem jeziku.

(2) Zaprosila za poizvedbe ali izvajanje ukrepov po tem sporazumu si pristojni organi iz 2. člena tega sporazuma posredujejo neposredno v pisni obliki. V nujnih primerih je zaprosilo lahko tudi ustno, vendar ga je potrebno nemudoma pisno potrditi.

(3) Stroške za uresničitev zaprosila nosi zaprosena stran, razen potnih stroškov za predstavnike prosilke.

9. člen

Ta sporazum ne vpliva na pravice ali obveznosti obeh pogodbenic iz dvostranskih ali večstranskih dogovorov.

10. člen

(1) Ta sporazum začne veljati 30 dni po dnevu, ko sta se pogodbenici uradno obvestili, da so izpolnjeni notranjerepravni pogoji za začetek veljavnosti, pri čemer je odločilen dan prejema zadnjega obvestila.

(2) Ta sporazum se sklene za nedoločen čas. Vsaka pogodbenica ga lahko odpove z izmenjavo not. Odpoved začne veljati šest mesecev po tem, ko jo prejme druga pogodbenica.

Artikel 11

Die Registrierung dieses Abkommens beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach ihrem Inkrafttreten von der Regierung der Republik Slowenien veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der erteilten VN-Registrierungsnummer unterrichtet, sobald diese vom Generalsekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

11. člen

Vlada Republike Slovenije registrira ta sporazum takoj po začetku njegove veljavnosti pri generalnem sekretariatu Združenih narodov v skladu s 102. členom Ustanovne listine Združenih narodov. Drugo pogodbenico obvesti o določeni registracijski številki ZN, ko jo potrdi generalni sekretariat Združenih narodov.

Geschehen zu Laibach am 2. März 2001 in zwei Urschriften, jede in deutscher und slowenischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Sestavljeno v Ljubljani dne 2. marca 2001 v dveh izvornikih, vsak v nemškem in slovenskem jeziku, pri čemer sta obe besedili enako zavezujoči.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Za Vlado Zvezne republike Nemčije
Heike Zenker
Schily

Für die Regierung der Republik Slowenien
Za Vlado Republike Slovenije
Dr. Rado Bohinc

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten
des Protokolls zur Ergänzung
des deutsch-lettischen Abkommens vom 5. April 1993
über den Luftverkehr**

Vom 17. Oktober 2002

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. Juni 2002 zu dem Protokoll vom 27. Februar 2001 zur Ergänzung des Abkommens vom 5. April 1993 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über den Luftverkehr (BGBl. 2002 II S. 1542) wird bekannt gemacht, dass das Protokoll nach seinem Artikel 3

am 20. Oktober 2002

in Kraft tritt.

Berlin, den 17. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens
über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs
und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC)**

Vom 18. Oktober 2002

Das Europäische Übereinkommen vom 1. Februar 1991 über wichtige Linien des internationalen Kombinierten Verkehrs und damit zusammenhängende Einrichtungen (AGTC) – BGBl. 1994 II S. 979 – wird nach seinem Artikel 10 Abs. 3 für die

Republik Moldau am 8. Januar 2003
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. August 2002 (BGBl. II S. 2443).

Berlin, den 18. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Abkommens
zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle**

Vom 18. Oktober 2002

Das Abkommen vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle (RGBl. 1910 S. 5, 375) ist nach seinem Artikel 95 für

Irland am 6. Juli 2002

nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde abgegebenen Erklärung

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

“In adhering to the Convention for the Pacific Settlement of International Disputes concluded at The Hague on 18 October 1907, Ireland understands that Articles 24 and 76 of the Convention impose an obligation on Ireland to accede to a request for legal assistance only (i) to the extent that the domestic law of Ireland allows and (ii) if, in the view of Ireland, the request is not calculated to impair its sovereign rights or its safety. It furthermore understands that the final paragraph of Article 46 of the Convention refers to privileges and immunities to be enjoyed by the members of a Tribunal in The Netherlands and that it is not intended that members of such Tribunals are generally to enjoy such privileges and immunities in the territories of the States Parties to the Convention.”

„Beim Beitritt zu dem am 18. Oktober 1907 in Den Haag geschlossenen Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle erklärt Irland, dass die Artikel 24 und 76 des Abkommens nach seiner Auffassung Irland verpflichten, ein Ersuchen um Rechtshilfe nur unter folgenden Bedingungen zu erledigen: 1. in dem nach dem innerstaatlichen Recht Irlands zulässigen Umfang und 2. wenn Irland das Ersuchen nicht für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden. Ferner ist Irland der Auffassung, dass sich Artikel 46 Absatz 4 des Abkommens auf Vorrechte und Befreiungen bezieht, welche die Mitglieder eines Schiedsgerichts in den Niederlanden genießen, und dass es nicht beabsichtigt ist, dass Mitglieder derartiger Schiedsgerichte diese Vorrechte und Befreiungen generell in den Hoheitsgebieten der Vertragsstaaten des Abkommens genießen.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 2. April 2002 (BGBl. II S. 1157).

Berlin, den 18. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
der deutsch-amerikanischen Vereinbarung
über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen
an das Unternehmen „ACS Defense, Inc.“
(Nr. DOCPER-AS-01-01)**

Vom 21. Oktober 2002

Nach Artikel 72 Abs. 4 des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 in der durch das Abkommen vom 21. Oktober 1971, die Vereinbarung vom 18. Mai 1981 und das Abkommen vom 18. März 1993 geänderten Fassung zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1218; 1973 II S. 1021; 1982 II S. 530; 1994 II S. 2594) ist in Berlin durch Notenwechsel vom 12. August 2002 eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Gewährung von Befreiungen und Vergünstigungen an das Unternehmen „ACS Defense, Inc.“ (Nr. DOCPER-AS-01-01) geschlossen worden. Die Vereinbarung ist nach ihrer Inkrafttretensklausel

am 12. August 2002

in Kraft getreten; die deutsche Antwortnote wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 21. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Michael Schaefer

Auswärtiges Amt

Berlin, den 12. August 2002

Verbalnote

Das Auswärtige Amt beehrt sich, den Eingang der Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 587 vom 12. August 2002 zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika beehrt sich, dem Auswärtigen Amt unter Bezugnahme auf die Vereinbarung in der Form des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 betreffend die Tätigkeit von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen Folgendes mitzuteilen:

Um die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika mit Dienstleistungen versorgen zu können, hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Unternehmen ACS Defense, Inc. einen Vertrag auf Basis der beigefügten Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-01-01 über die Erbringung von Analytischen Dienstleistungen für das United States European Command und die United States Army Europe und 7th Army geschlossen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika würde es begrüßen, wenn dem Unternehmen ACS Defense, Inc. zur Erleichterung seiner Tätigkeit Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt werden könnten, und schlägt deshalb der Regierung der Bundesrepublik Deutschland vor, eine Vereinbarung nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut zu schließen, die folgenden Wortlaut haben soll:

1. Das Unternehmen ACS Defense, Inc. wird im Rahmen seines Vertrags zur Bereitstellung von Analytischen Dienstleistungen für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika folgende Dienstleistungen erbringen:

Unterstützung des United States European Command, der United States Army Europe und 7th Army und anderer Dienststellen des US-Verteidigungsministeriums in den Bereichen Management, Kriegsplanung, Auswertung strategischer Einsatz- und Sicherheitskonzepte, Fachberatung, Ausbildung zur Maximierung der Kampfleistung, technische und analytische Systemtechnik. Dieser Vertrag umfasst die folgenden Tätigkeiten: All Source Analyst (Anhang II.g.), Analyst/Force Protection (Anhang II.h.), Analyst/Training Exercise (Anhang II.o.), EAC MASINT Analyst (Anhang II.q.), EAC MASINT Analyst/Imagery (Anhang II.r.), Combat Service Support Analyst (Anhang I.b.),

Intelligence Analyst – Signal Intelligence (Anhang II.b.), Intelligence Analyst – Topographic/Terrain Analyst (Anhang II.c.), Intelligence Analyst – Measurement and Signature (Anhang II.d.), Intelligence Analyst – Counterintelligence/Human Intelligence (Anhang II.e.), Management Analyst (Anhang II.t.), Materiel Readiness Analyst (Anhang I.c.), Military Intelligence Planner (Anhang II.f.), Military Planner (Anhang I.a.), Political Military Analyst (Anhang III.a.), Program Manager (Anhang V.a.), Senior Engineer/Operational Targeteer (Anhang II.j.), Senior Engineer/Operations Engineer (Anhang II.u.), Senior Military Analyst (Anhang II.i.), Senior Movement Analyst (Anhang I.d.), Senior Principal Analyst (Anhang II.a.), Senior System Analyst (Anhang II.k.), System Engineer (Anhang II.v.), Training Specialist (Anhang IV.a.) und Senior Analyst (Anhang II.p.).

Unter Bezugnahme auf den Notenwechsel vom 29. Juni 2001 betreffend die Tätigkeiten von mit Analytischen Dienstleistungen beauftragten Unternehmen und nach Maßgabe der darin vereinbarten Rahmenbedingungen, insbesondere auch der Nummer 3 des Notenwechsels, werden diesem Unternehmen die Befreiungen und Vergünstigungen nach Artikel 72 Absatz 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut gewährt.

2. Das Unternehmen ACS Defense, Inc. wird in der Bundesrepublik Deutschland ausschließlich für die in Deutschland stationierten Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika tätig. Artikel 72 Absatz 3 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut findet keine Anwendung.
3. Nach Maßgabe der unter Nummer 5 des Notenwechsels vom 29. Juni 2001 vereinbarten Bestimmungen, insbesondere auch der Beschränkungen nach Artikel 72 Absatz 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, werden Arbeitnehmern des oben genannten Unternehmens, deren Tätigkeiten unter Nummer 1 aufgeführt sind, wenn sie ausschließlich für dieses Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern des zivilen Gefolges der Truppen der Vereinigten Staaten von Amerika, es sei denn, dass die Vereinigten Staaten von Amerika sie ihnen beschränken.
4. Für das Verfahren zur Gewährung dieser Befreiungen und Vergünstigungen gelten die Bestimmungen des Notenwechsels vom 29. Juni 2001.
5. Diese Vereinbarung wird in englischer und deutscher Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.
6. Diese Vereinbarung tritt außer Kraft, wenn der Vertrag über die Erbringung der unter Nummer 1 genannten Dienstleistungen auf der Grundlage der Vertragsniederschrift Nummer DOCPER-AS-01-01 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und dem Unternehmen ACS Defense, Inc. endet. Sie tritt außerdem außer Kraft, wenn das Auswärtige Amt nicht spätestens zwei Wochen nach Ablauf der vorausgegangenen Leistungsaufforderung eine nachfolgende Leistungsaufforderung erhält. Eine Kopie des Vertrags mit einer Laufzeit vom 29. April 2002 bis 29. November 2006 ist dieser Vereinbarung beigefügt. Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika teilt dem Auswärtigen Amt die Beendigung oder Verlängerung des Vertrags unverzüglich mit.

Falls sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den unter den Nummern 1 bis 6 gemachten Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck bringende Antwortnote des Auswärtigen Amtes eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland nach Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut bilden, die am 12. August 2002 in Kraft tritt.

Die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika benutzt diesen Anlass, das Auswärtige Amt erneut ihrer ausgezeichnetsten Hochachtung zu versichern.“

Das Auswärtige Amt beehrt sich, der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen, dass sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorschlägen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika einverstanden erklärt. Demgemäß bilden die Verbalnote der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika Nr. 587 vom 12. August 2002 und diese Antwortnote eine Vereinbarung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gemäß Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut, die am 12. August 2002 in Kraft tritt und deren deutscher und englischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Das Auswärtige Amt benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An die
Botschaft der
Vereinigten Staaten von Amerika
Berlin

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen**

Vom 22. Oktober 2002

Das Übereinkommen vom 17. März 1992 über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen (BGBl. 1998 II S. 1527) wird nach seinem Artikel 30 Abs. 3 für das

Vereinigte Königreich und Nordirland am 3. November 2002
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 5. August 2002 (BGBl. II S. 2362).

Berlin, den 22. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Schaefer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die vorübergehende zollfreie Einfuhr
von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial
zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke
in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens**

Vom 22. Oktober 2002

Das Übereinkommen vom 28. April 1960 über die vorübergehende zollfreie Einfuhr von medizinischem, chirurgischem und Laboratoriumsmaterial zur leihweisen Verwendung für Diagnose- und Behandlungszwecke in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens (BGBl. 1966 II S. 598), geändert durch das am 1. Januar 1983 zur Annahme aufgelegte Zusatzprotokoll vom 29. September 1982 (BGBl. 1995 II S. 343), wird nach Artikel 6 Abs. 2 des Übereinkommens für

Litauen am 19. Dezember 2002
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 19. Juni 2001 (BGBl. II S. 698).

Berlin, den 22. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Schaefer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Europäischen Auslieferungsübereinkommens
sowie des Zweiten Zusatzprotokolls hierzu**

Vom 24. Oktober 2002

I.

Das Europäische Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369) ist nach seinem Artikel 29 Abs. 2 für

Aserbaidschan am 26. September 2002
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikations-
urkunde angebrachten Vorbehalte und Erklärungen

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

“Article 1

The Republic of Azerbaijan reserves the right not to grant extradition on humanitarian grounds taking into consideration the age or state of health of the person sought.

The Republic of Azerbaijan will refuse the extradition if there are sufficient grounds for supposing that the extradition would affect the sovereignty or national security of the Republic of Azerbaijan.

The Republic of Azerbaijan will refuse to grant extradition if there are sufficient grounds for supposing that the person requested for extradition will be exposed to torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment in the requesting State.

The Republic of Azerbaijan will not grant extradition if there are sufficient grounds for supposing that the person requested for the extradition will be persecuted for reasons of race, nationality, language, religion, citizenship or political opinion.

Article 6, paragraph 1a

The Republic of Azerbaijan declares that according to Article 53 (II) of the Constitution of the Republic of Azerbaijan in no circumstances a citizen of the Republic of Azerbaijan shall be extradited to another State. In this respect the Republic of Azerbaijan in any case will refuse to extradite its citizens.

Article 21

The Republic of Azerbaijan declares that transit of extradited persons through the territory of the Republic of Azerbaijan will be allowed subject to the observance of the same conditions as for extradition.

„Artikel 1

Die Republik Aserbaidschan behält sich das Recht vor, die Auslieferung unter Berücksichtigung des Alters oder des Gesundheitszustands der gesuchten Person aus humanitären Gründen nicht zu bewilligen.

Die Republik Aserbaidschan wird die Auslieferung ablehnen, wenn ausreichender Grund zu der Annahme besteht, dass die Auslieferung die Souveränität oder die nationale Sicherheit der Republik Aserbaidschan beeinträchtigen würde.

Die Republik Aserbaidschan wird die Bewilligung der Auslieferung verweigern, wenn ausreichender Grund zu der Annahme besteht, dass die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, im ersuchenden Staat der Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe ausgesetzt sein wird.

Die Republik Aserbaidschan wird die Auslieferung nicht bewilligen, wenn ausreichender Grund zu der Annahme besteht, dass die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, aufgrund ihrer Rasse, Nationalität, Sprache, Religion, Staatsangehörigkeit oder ihrer politischen Anschauungen verfolgt wird.

Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe a

Die Republik Aserbaidschan erklärt, dass nach Artikel 53 Absatz II der Verfassung der Republik Aserbaidschan Staatsangehörige der Republik Aserbaidschan unter keinen Umständen an einen anderen Staat ausgeliefert werden. In diesem Sinne wird die Republik Aserbaidschan in jedem Fall die Auslieferung ihrer Staatsangehörigen ablehnen.

Artikel 21

Die Republik Aserbaidschan erklärt, dass die Durchlieferung einer auszuliefernden Person durch das Hoheitsgebiet der Republik Aserbaidschan unter den gleichen Bedingungen erlaubt ist, wie sie für die Auslieferung gelten.

Article 23

The Republic of Azerbaijan declares that the requests for extradition and the documents annexed thereto must be submitted with a translation into Azerbaijani language.

The Republic of Azerbaijan declares that it is unable to guarantee the application of the provisions of the Convention and its additional Protocols in the territories occupied by the Republic of Armenia until these territories are liberated from that occupation (the schematic map of the occupied territories of the Republic of Azerbaijan is enclosed)."

Artikel 23

Die Republik Aserbaidschan erklärt, dass Auslieferungsersuchen und ihnen beigelegte Unterlagen mit einer Übersetzung in die aserbaidsschansische Sprache einzureichen sind.

Die Republik Aserbaidschan erklärt, dass sie die Anwendung des Übereinkommens und seiner Zusatzprotokolle in den von der Republik Armenien besetzten Gebieten erst dann gewährleisten kann, wenn diese Gebiete von der Besatzung befreit sind (die schematische Karte der besetzten Gebiete der Republik Aserbaidschan ist beigelegt)."

II.

Das Zweite Zusatzprotokoll vom 17. März 1978 zum Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1990 II S. 118) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 3 für

Aserbaidschan am 26. September 2002
nach Maßgabe der nachstehenden, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde angebrachten Erklärung

in Kraft getreten:

(Übersetzung)

"The Republic of Azerbaijan declares that it is unable to guarantee the application of the provisions of the Convention and its additional Protocols in the territories occupied by the Republic of Armenia until these territories are liberated from that occupation (the schematic map of the occupied territories of the Republic of Azerbaijan is enclosed)."

„Die Republik Aserbaidschan erklärt, dass sie die Anwendung des Übereinkommens und seiner Zusatzprotokolle in den von der Republik Armenien besetzten Gebieten erst dann gewährleisten kann, wenn diese Gebiete von der Besatzung befreit sind (die schematische Karte der besetzten Gebiete der Republik Aserbaidschan ist beigelegt)."

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 4. März 2002 (BGBl. II S. 954) und 25. Juli 2002 (BGBl. II S. 2300).

Berlin, den 24. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Schaefer

**Bekanntmachung
von Änderungen der Statuten der „Eurofima“
Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial**

Vom 29. Oktober 2002

Die Außerordentliche Generalversammlung der „Eurofima“ Europäische Gesellschaft für die Finanzierung von Eisenbahnmaterial hat am 13. September 2002 in Übereinstimmung mit Artikel 2 des Abkommens vom 20. Oktober 1955 über die Gründung der „Eurofima“ (BGBl. 1956 II S. 907) mit Zustimmung des Sitzstaates beschlossen, Artikel 5 ihrer Statuten zu ändern.

Artikel 5 erhält folgenden Wortlaut:

„Artikel 5

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 2 600 000 000 Schweizer Franken. Es ist eingeteilt in 260 000 Aktien mit einem Nennwert von 10 000 Schweizer Franken.

Die Aktien sind nach Vornahme der siebten Kapitalerhöhung (1997) und nach Abtretung von Aktien (2002) wie folgt verteilt:

64 090 Aktien	Deutsche Bahn AG
64 090 Aktien	Nationalgesellschaft der Französischen Eisenbahnen
35 100 Aktien	Ferrovie dello Stato S.p.A
25 480 Aktien	Nationalgesellschaft der Belgischen Eisenbahnen
15 080 Aktien	Niederländische Eisenbahnen AG
13 572 Aktien	Nationalverwaltung der Spanischen Eisenbahnen
13 000 Aktien	Schweizerische Bundesbahnen SBB
5 980 Aktien	Gemeinschaft der Jugoslawischen Eisenbahnen
5 200 Aktien	Schwedische Staatsbahnen

5 200 Aktien	Nationalgesellschaft der Luxemburgischen Eisenbahnen
5 200 Aktien	Österreichische Bundesbahnen
2 600 Aktien	Portugiesische Eisenbahnen
1 300 Aktien	Tschechische Eisenbahnen
520 Aktien	Griechische Eisenbahnen
520 Aktien	Ungarische Staatseisenbahnen AG
520 Aktien	Kroatische Eisenbahnen
520 Aktien	Slowenische Eisenbahnen
520 Aktien	Eisenbahnen von Bosnien-Herzegovina
520 Aktien	Bulgarische Staatsbahnen BDZ AG
520 Aktien	Eisenbahngesellschaft AG (ŽS)
260 Aktien	Bahnen der ehemaligen jugoslawischen Republik von Mazedonien
104 Aktien	Staatseisenbahnen der Türkischen Republik
52 Aktien	Dänische Staatsbahnen
52 Aktien	Norwegische Staatsbahnen“.

Die Außerordentliche Generalversammlung der „Eurofima“ hat am 13. September 2002 die Rechtsgültigkeit der Ergänzungen der Statuten der „Eurofima“ festgestellt, die damit am 13. September 2002 in Kraft getreten sind.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 13. Mai 2002 (BGBl. II S. 1568).

Berlin, den 29. Oktober 2002

Bundesministerium
für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
Im Auftrag
Holst

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung
personenbezogener Daten**

Vom 30. Oktober 2002

Das Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (BGBl. 1985 II S. 538) ist nach seinem Artikel 22 Abs. 3 für

Polen am 1. September 2002
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. August 2002 (BGBl. II S. 2502).

Berlin, den 30. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

**Bekanntmachung
des deutsch-kamerunischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 30. Oktober 2002

Das in Jaunde am 16. September 2002 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun über Finanzielle Zusammenarbeit (2001 und 2002) ist nach seinem Artikel 6

am 16. September 2002
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 30. Oktober 2002

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Prof. Dr. Michael Bohnet

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun über Finanzielle Zusammenarbeit (2001 und 2002)

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Kamerun –

im Geist der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Kamerun beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Nummern 2.1, 3.1.2.2, 3.1.2.3, 3.2.2.1, 3.2.2.2 und 3.4.3.1 des Protokolls der deutsch-kamerunischen Regierungsverhandlungen vom 15. Mai 2002 und die Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Jaunde vom 6. Dezember 2001 über die Zusage zusätzlicher Mittel für das Vorhaben „Social Marketing zur HIV-Prävention“ –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Kamerun und beziehungsweise oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, folgende Beträge zu erhalten:

1. Darlehen bis zu insgesamt 6 500 000,- EUR (in Worten: sechs Millionen fünfhunderttausend Euro) für die Vorhaben
 - a) „Brückenrehabilitierung II“ bis zu 1 000 000,- EUR (in Worten: eine Million Euro),
 - b) „Rehabilitierung der Nationalstraße 5 Loum Nkongsamba“ bis zu 5 500 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen fünfhunderttausend Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist;

2. Finanzierungsbeiträge bis zu insgesamt 9 522 583,76 EUR (in Worten: neun Millionen fünfhundertzweiundzwanzigtausendfünfhundertdreiundachtzig Euro und sechsundsiebzig Cent) für die Vorhaben
 - a) „KV-Sektorprogramm Gesundheit“ bis zu 5 500 000,- EUR (in Worten: fünf Millionen fünfhunderttausend Euro),

b) „Dezentraler Entwicklungsfonds“ bis zu 3 000 000,- EUR (in Worten: drei Millionen Euro),

c) „Social marketing zur HIV-Prävention“ bis zu 1 022 583,76 EUR (in Worten: eine Million zweiundzwanzigtausendfünfhundertdreiundachtzig Euro und sechsundsiebzig Cent),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Vorhaben der sozialen Infrastruktur die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllen.

(2) Kann bei einem der in Absatz 1 Nummer 2 bezeichneten Vorhaben die dort genannte Bestätigung nicht erfolgen, so ermöglicht es die Regierung der Bundesrepublik Deutschland der Regierung der Republik Kamerun, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für diese Vorhaben bis zur Höhe des vorgesehenen Finanzierungsbeitrags ein Darlehn zu erhalten.

(3) Die in Absatz 1 bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Kamerun durch andere Vorhaben ersetzt werden. Wird ein in Absatz 1 Nummer 2 bezeichnetes Vorhaben durch ein Vorhaben ersetzt, das als Vorhaben des Umweltschutzes oder der sozialen Infrastruktur oder als Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder als Maßnahme, die der Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen dient oder als eine selbsthilfeorientierte Maßnahme zur Armutsbekämpfung die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrags erfüllt, so kann ein Finanzierungsbeitrag, anderenfalls ein Darlehn gewährt werden.

(4) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Kamerun zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der Kreditanstalt für Wiederaufbau zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Empfängern der Darlehen oder der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Zusage der in Artikel 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von acht Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- oder Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2010.

(2) Die Regierung der Republik Kamerun, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge garantieren.

(3) Die Regierung der Republik Kamerun, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Republik Kamerun stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Kamerun erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Republik Kamerun überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunterneh-

men mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Das in der Zusage der Mittel für die Finanzielle Zusammenarbeit 1990 für das Vorhaben „Wasserversorgung Bafoussam“ vorgesehene Darlehn wird mit einem Betrag von 1 465 000,- EUR (in Worten: eine Million vierhundertfünfundsechzigtausend Euro) reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a erwähnte Vorhaben „Brückenrehabilitierung II“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Der in der Zusage der Mittel für die Finanzielle Zusammenarbeit 1990 für das Vorhaben „Wasserversorgung Bafoussam“ vorgesehene Finanzierungsbeitrag wird mit einem Betrag von 42 000,- EUR (in Worten: zweiundvierzigtausend Euro) reprogrammiert und zusätzlich für das in Artikel 1 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a erwähnte Vorhaben „KV-Sektorprogramm Gesundheit“ verwendet, wenn nach Prüfung dessen Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

Artikel 6

Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

Geschehen zu Jaunde am 16. September 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Klaus-Peter Brandes

Für die Regierung der Republik Kamerun
Martin Okouda

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen
und des Übereinkommens zur Durchführung des Teils XI
des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen**

Vom 30. Oktober 2002

I.

Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (BGBl. 1994 II S. 1798; 1997 II S. 1402) ist nach seinem Artikel 308 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Bangladesch	am	26. August 2001
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Luxemburg	am	4. November 2000
Madagaskar	am	21. September 2001
Malediven	am	7. Oktober 2000
Nicaragua	am	2. Juni 2000
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Ukraine	am	25. August 1999
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärungen		
Ungarn	am	7. März 2002
nach Maßgabe der unter II. abgedruckten Erklärung		
Vanuatu	am	9. September 1999.

Die Bundesrepublik Jugoslawien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 12. März 2001 notifiziert, dass sie sich als einer der Rechtsnachfolger der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit Wirkung vom 27. April 1992, dem Tag der Gründung der Bundesrepublik Jugoslawien, durch das Seerechtsübereinkommen gebunden betrachtet. Gleichzeitig hat die Bundesrepublik Jugoslawien die von der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien bei Ratifikation abgegebene Erklärung (vgl. die Bekanntmachung vom 15. Mai 1995, BGBl. II S. 602) bestätigt.

II.

Äquatorialguinea hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 20. Februar 2002 mit Wirkung vom gleichen Tage nachstehende Erklärung nach Artikel 298 notifiziert:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

„The Government of the Republic of Equatorial Guinea hereby enters a reservation and declares that, under article 298, paragraph 1, of the United Nations Convention of 1982 on the Law of the Sea, it does not recognize as mandatory ipso facto with respect to any other State any of the procedures provided for in part XV, section 2, of the Convention as regards the categories of disputes set forth in article 298, paragraph 1 (a).“

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Die Regierung der Republik Äquatorialguinea bringt hiermit einen Vorbehalt an und erklärt, dass sie nach Artikel 298 Absatz 1 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen von 1982 keines der in Teil XV Abschnitt 2 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren in Bezug auf die in Artikel 298 Absatz 1 Buchstabe a genannten Arten von Streitigkeiten gegenüber einem anderen Staat ipso facto als obligatorisch anerkennt.“

Australien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 22. März 2002 mit Wirkung vom gleichen Tage nachstehende Erklärungen nach den Artikeln 287 und 298 notifiziert:

(Übersetzung)

„The Government of Australia declares, under paragraph 1 of article 287 of the United Nations Convention on the Law of the Sea done at Montego Bay on the tenth day of December one thousand nine hundred and eighty-two that it chooses the following means for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of the Convention, without specifying that one has precedence over the other:

- (a) the International Tribunal for the Law of the Sea established in accordance with Annex VI of the Convention; and
- (b) the International Court of Justice.

The Government of Australia further declares, under paragraph 1 (a) of article 298 of the United Nations Convention on the Law of the Sea done at Montego Bay on the tenth day of December one thousand nine hundred and eighty-two, that it does not accept any of the procedures provided for in section 2 of Part XV (including the procedures referred to in paragraphs (a) and (b) of this declaration) with respect to disputes concerning the interpretation or application of articles 15, 74 and 83 relating to sea boundary delimitations as well as those involving historic bays or titles.

These declarations by the Government of Australia are effective immediately.”

„Die Regierung von Australien erklärt nach Artikel 287 Absatz 1 des am 10. Dezember 1982 in Montego Bay beschlossenen Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, dass sie die nachstehenden Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens wählt, ohne dabei festzulegen, dass sie einem davon den Vorrang einräumt:

- a) den in Übereinstimmung mit Anlage VI errichteten Internationalen Seegerichtshof und
- b) den Internationalen Gerichtshof.

Die Regierung von Australien erklärt ferner nach Artikel 298 Absatz 1 Buchstabe a des am 10. Dezember 1982 in Montego Bay beschlossenen Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, dass sie dem in Teil XV Abschnitt 2 vorgesehenen Verfahren (einschließlich der unter den Buchstaben a und b dieser Erklärung bezeichneten Verfahren) in Bezug auf Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung der Artikel 15, 74 und 83 betreffend die Abgrenzung von Meeresgebieten sowie über historische Buchten oder historische Rechtstitel nicht zustimmt.

Diese Erklärungen der Regierung von Australien werden unverzüglich wirksam.“

Bangladesch hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 27. Juli 2001 nachstehende Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

„1. The Government of the People’s Republic of Bangladesh understands that the provisions of the Convention do not authorise other States to carry out in the exclusive economic zone and on the continental shelf military exercise or manoeuvres, in particular, those involving the use of weapons or explosives, without the consent of the coastal State.

- 2. The Bangladesh Government is not bound by any domestic legislation or by any declaration issued by other States upon signature or ratification of this Convention. Bangladesh reserves the right to state its position concerning all such legislation or declarations at the appropriate time. In particular, Bangladesh ratification of the Convention in no way constitutes recognition of the maritime claims of any other State having signed or ratified the Convention, where such claims are inconsistent with the relevant principles of international law and which are prejudicial to the sovereign rights and jurisdiction of Bangladesh in its maritime areas.

„1. Die Regierung der Volksrepublik Bangladesch geht davon aus, dass durch die Bestimmungen des Übereinkommens andere Staaten nicht ermächtigt werden, ohne Zustimmung des Küstenstaats in der ausschließlichen Wirtschaftszone und auf dem Festlandsockel militärische Übungen und Manöver durchzuführen, insbesondere solche, die den Einsatz von Waffen oder Sprengkörpern beinhalten.

- 2. Die Regierung von Bangladesch ist durch innerstaatliche Rechtsvorschriften oder Erklärungen anderer Staaten anlässlich der Unterzeichnung oder Ratifikation des Übereinkommens nicht gebunden. Bangladesch behält sich das Recht vor, zu gegebener Zeit seinen Standpunkt zu all diesen Rechtsvorschriften oder Erklärungen darzulegen. Insbesondere bedeutet die Ratifikation des Übereinkommens durch Bangladesch nicht die Anerkennung der meeresrechtlichen Ansprüche anderer Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet oder ratifiziert haben, wenn diese Ansprüche mit den einschlägigen Grundsätzen des Völkerrechts unvereinbar sind und sich nachteilig auf die souveränen Rechte und die Hoheitsbefugnisse Bangladeschs in seinen Meeresgebieten auswirken.

3. The exercise of the right of innocent passage of warships through the territorial sea of other States should also be perceived to be a peaceful one. Effective and speedy means of communication are easily available and make the prior notification of the exercise of the right of innocent passage of warships reasonable and not incompatible with the Convention. Such notification is already required by some States. Bangladesh reserves the right to legislate on this point.
4. Bangladesh is of the view that such a notification requirement is needed in respect of nuclear-powered ships or ships carrying nuclear or other inherently dangerous or noxious substances. Furthermore, no such ships shall be allowed within Bangladesh waters without the necessary authorisation.
5. Bangladesh is of the view that the sovereign immunity as envisaged in article 236 does not relieve a State from the obligation, moral or otherwise, in accepting responsibility and liability for compensation and relief in respect of damage caused by pollution of the marine environment by any warship, naval auxiliary, other vessels or aircraft owned or operated by the State and used on government non-commercial service.
6. Ratification of the Convention by Bangladesh does not ipso facto imply recognition or acceptance of any territorial claim made by a State party to the Convention, nor automatic recognition of any land or sea border.
7. The Bangladesh Government does not consider itself bound by any of the declarations or statements, however phrased or named, made by other States when signing, accepting, ratifying or acceding to the Convention and that it reserves the right to state its position on any of those declarations or statements at any time.
8. The Bangladesh Government declares, without prejudice to article 303 of the Convention on the Law of the Sea, that any objects of an archaeological and historical nature found within the marine areas over which it exercises sovereignty or jurisdiction shall not be removed, without its prior notification and consent.
3. Die Ausübung des Rechtes der friedlichen Durchfahrt von Kriegsschiffen durch das Küstenmeer anderer Staaten sollte auch als friedlich erkannt werden. Wirksame und rasche Kommunikationsmittel sind leicht verfügbar und führen dazu, dass die vorherige Notifikation der Ausübung des Rechtes der friedlichen Durchfahrt von Kriegsschiffen sinnvoll und mit dem Übereinkommen nicht unvereinbar ist. Eine solche Notifikation wird von einigen Staaten bereits gefordert. Bangladesch behält sich das Recht vor, zu diesem Punkt Rechtsvorschriften zu erlassen.
4. Bangladesch ist der Auffassung, dass ein solches Notifikationserfordernis für Schiffe mit Kernenergieantrieb und Schiffe, die nukleare oder sonstige ihrer Natur nach gefährliche oder schädliche Stoffe befördern, nötig ist. Darüber hinaus werden solche Schiffe ohne die erforderliche Genehmigung nicht in bangladeschischen Gewässern zugelassen.
5. Bangladesch ist der Auffassung, dass die in Artikel 236 niedergelegte Staatenimmunität einen Staat nicht der moralischen oder sonstigen Verpflichtung enthebt, die Verantwortlichkeit und Haftung für Entschädigung und Hilfe in Bezug auf Schäden zu übernehmen, die durch die Verschmutzung der Meeresumwelt durch Kriegsschiffe, Flottenhilfsschiffe oder sonstige Schiffe oder Luftfahrzeuge verursacht wurden, die dem Staat gehören oder von ihm eingesetzt sind und im Staatsdienst für andere als Handelszwecke genutzt werden.
6. Die Ratifikation des Übereinkommens durch Bangladesch bedeutet weder ipso facto die Anerkennung oder Akzeptierung etwaiger Gebietsansprüche eines Vertragsstaats des Übereinkommens noch die automatische Anerkennung einer Land- oder Seegrenze.
7. Die Regierung von Bangladesch betrachtet sich durch Erklärungen oder Äußerungen anderer Staaten anlässlich der Unterzeichnung, Annahme oder Ratifikation des Übereinkommens oder des Beitritts zu dem Übereinkommen unabhängig von ihrem Wortlaut oder ihrer Bezeichnung nicht als gebunden und behält sich das Recht vor, ihren Standpunkt zu solchen Erklärungen oder Äußerungen jederzeit darzulegen.
8. Die Regierung von Bangladesch erklärt, dass unbeschadet des Artikels 303 des Seerechtsübereinkommens Gegenstände archäologischer oder historischer Art, die in den Meeresgebieten unter bangladeschischer Souveränität oder Hoheitsgewalt gefunden werden, nur nach vorheriger Benachrichtigung und mit Zustimmung der Regierung entfernt werden dürfen.

- | | |
|--|--|
| <p>9. The Government of Bangladesh shall, at an appropriate time, make declarations provided for in articles 287 and 298 relating to the settlement of disputes.</p> <p>10. The Government of Bangladesh intends to undertake a comprehensive review of existing domestic laws and regulations with a view to harmonizing them with the provisions of the Convention."</p> | <p>9. Die Regierung von Bangladesch wird zu gegebener Zeit die in den Artikeln 287 und 298 vorgesehenen Erklärungen zur Beilegung von Streitigkeiten abgeben.</p> <p>10. Die Regierung von Bangladesch beabsichtigt, eine umfassende Überprüfung der bestehenden innerstaatlichen Gesetze und sonstigen Vorschriften im Hinblick darauf durchzuführen, sie an die Bestimmungen des Übereinkommens anzugleichen."</p> |
|--|--|

Honduras hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 18. Juni 2002 mit Wirkung vom gleichen Tage nachstehende Erklärung nach Artikel 287 notifiziert:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

"In accordance with article 287, paragraph 1, of the United Nations Convention on the Law of the Sea, the State of Honduras chooses the International Court of Justice as the means for the settlement of disputes of any kind concerning the interpretation or application of the said Convention.

Notwithstanding the foregoing, the State of Honduras reserves the possibility of considering any other means of peaceful settlement, including the International Tribunal for the Law of the Sea, as agreed on a case-by-case basis."

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Nach Artikel 287 Absatz 1 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen wählt der Staat Honduras den Internationalen Gerichtshof als Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten jeglicher Art über die Auslegung oder Anwendung des genannten Übereinkommens.

Gleichwohl lässt sich der Staat Honduras die Möglichkeit offen, andere Mittel zur friedlichen Beilegung zu erwägen, darunter den Internationalen Seegerichtshof, sofern dies im Einzelfall vereinbart wird.“

Kroatien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 4. November 1999 mit Wirkung vom gleichen Tage nachstehende Erklärung nach Artikel 287 notifiziert:

(Übersetzung)

"In implementation of article 287 of the United Nations Convention on the Law of the Sea, the Government of the Republic of Croatia has the honour to declare that, for the settlement of disputes concerning the application or interpretation of the Convention and of the Agreement adopted on 28 July 1994 relating to the Implementation of Part XI, it chooses, in order of preference, the following means:

1. The International Tribunal for the Law of the Sea established in accordance with Annex VI;
2. The International Court of Justice."

„In Durchführung des Artikels 287 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen beehrt sich die Regierung der Republik Kroatien zu erklären, dass sie zur Beilegung von Streitigkeiten über die Anwendung oder Auslegung des Übereinkommens und des am 28. Juli 1994 angenommenen Übereinkommens zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen die folgenden Mittel wählt, wobei ersterem der Vorzug gegeben wird:

1. den in Übereinstimmung mit Anlage VI errichteten Internationalen Seegerichtshof;
2. den Internationalen Gerichtshof.“

Nicaragua hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 3. Mai 2000 nachstehende Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

"In accordance with article 310 of the United Nations Convention on the Law of the Sea, the Government of Nicaragua hereby declares:

1. That it does not consider itself bound by any of the declarations or statements, however phrased or named, made by other States when signing, accepting, ratifying or acceding to the

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Nach Artikel 310 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen erklärt die Regierung von Nicaragua,

1. dass sie sich durch Erklärungen oder Äußerungen anderer Staaten anlässlich der Unterzeichnung, Annahme oder Ratifikation des Übereinkommens oder des Beitritts zum Übereinkommen

Convention and that it reserves the right to state its position on any of those declarations or statements at any time.

2. That ratification of the Convention does not imply recognition or acceptance of any territorial claim made by a State party to the Convention, nor automatic recognition of any land or sea border.

In accordance with article 287, paragraph 1, of the Convention, Nicaragua hereby declares that it accepts only recourse to the International Court of Justice as a means for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of the Convention.

Nicaragua hereby declares that it accepts only recourse to the International Court of Justice as a means for the settlement of the categories of disputes set forth in subparagraphs (a), (b) and (c) of paragraph 1 of article 298 of the Convention.”

Slowenien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 11. Oktober 2001 nachstehende Erklärungen nach den Artikeln 287 und 298 notifiziert:

(Übersetzung)

“Declaration pursuant to article 287 of the United Nations Convention on the Law of the Sea:

The Government of the Republic of Slovenia declares pursuant to article 287 of the Convention that it chooses an arbitral tribunal constituted in accordance with Annex VII for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of the Convention.

Declaration pursuant to article 298 of the United Nations Convention on the Law of the Sea:

The Government of the Republic of Slovenia declares pursuant to article 298 of the Convention that it does not accept an arbitral tribunal constituted in accordance with Annex VII of any of the categories [of]¹⁾ disputes mentioned in article 298.”

unabhängig von ihrem Wortlaut oder ihrer Bezeichnung nicht als gebunden betrachtet und dass sie sich das Recht vorbehält, ihren Standpunkt zu solchen Erklärungen oder Äußerungen jederzeit darzulegen;

2. dass die Ratifikation des Übereinkommens weder die Anerkennung oder Akzeptierung etwaiger Gebietsansprüche eines Vertragsstaats des Übereinkommens noch die automatische Anerkennung einer Land- oder Seegrenze bedeutet.

Nach Artikel 287 Absatz 1 des Übereinkommens erklärt Nicaragua, dass es nur die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs als Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens anerkennt.

Nicaragua erklärt, dass es nur die Anrufung des Internationalen Gerichtshofs als Mittel zur Beilegung der in Artikel 298 Absatz 1 Buchstaben a, b und c des Übereinkommens genannten Arten von Streitigkeiten anerkennt.“

„Erklärung nach Artikel 287 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen:

Die Regierung der Republik Slowenien erklärt nach Artikel 287 des Übereinkommens, dass sie zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens ein in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildetes Schiedsgericht wählt.

Erklärung nach Artikel 298 des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen:

Die Regierung der Republik Slowenien erklärt nach Artikel 298 des Übereinkommens, dass sie zur Beilegung der in Artikel 298 genannten Arten von Streitigkeiten einem in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildeten Schiedsgericht nicht zustimmt.“

Spanien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 19. Juli 2002 nachstehende Erklärungen nach den Artikeln 287 und 298 notifiziert:

(Übersetzung)

(Translation) (Original: Spanish)

“Pursuant to article 287, paragraph 1, the Government of Spain declares that it chooses the International Tribunal for the Law of the Sea and the International Court of Justice as means for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of the Convention.

The Government of Spain declares, pursuant to the provisions of article 298, para. 1(a) of the Convention, that it does not accept the procedures provided for in part XV, section 2, with respect to the

(Übersetzung) (Original: Spanisch)

„Nach Artikel 287 Absatz 1 erklärt die Regierung von Spanien, dass sie den Internationalen Seegerichtshof und den Internationalen Gerichtshof als Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens wählt.

Die Regierung von Spanien erklärt nach Artikel 298 Absatz 1 Buchstabe a des Übereinkommens, dass sie den in Teil XV Abschnitt 2 vorgesehenen Verfahren in Bezug auf die Beilegung von Streitigkeiten über

¹⁾ Originaltext hier unvollständig.

settlement of disputes concerning the interpretation or application of articles 15, 74 and 83 relating to sea boundary delimitations, or those involving historic bays or titles.”

die Auslegung oder Anwendung der Artikel 15, 74 und 83 betreffend die Abgrenzung von Meeresgebieten oder über historische Buchen oder historische Rechtstitel nicht zustimmt.“

Tunesien hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 22. Mai 2001 nachstehende Erklärung nach Artikel 287 notifiziert:

(Übersetzung)

(Original: arabe et français)

«Conformément aux dispositions de l'article 287 de la Convention des Nations Unies sur le Droit de la Mer, le Gouvernement tunisien déclare qu'il accepte par ordre de préférence les moyens suivants pour le règlement des différends relatifs à l'interprétation ou l'application de la Convention précitée.

- a) Le Tribunal International du Droit de la Mer
- b) Un Tribunal Arbitral constitué conformément à l'annexe VII.»

(Original: Arabisch und Französisch)

„Die Tunesische Regierung erklärt nach Artikel 287 des Seerechtsabkommens der Vereinten Nationen, dass sie die nachstehenden Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des genannten Übereinkommens in der angegebenen Reihenfolge anerkennt:

- a) den Internationalen Gerichtshof,
- b) ein in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildetes Schiedsgericht.“

Die Ukraine hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 26. Juli 1999 nachstehende Erklärungen notifiziert:

(Übersetzung)

(Courtesy Translation) (Original: Ukrainian)

„1. Ukraine declares that, in accordance with article 287 of the United Nations Convention on the Law of the Sea of 1982, it chooses as the principal means for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of this Convention an arbitral tribunal constituted in accordance with Annex VII. For the consideration of disputes concerning the interpretation or application of the Convention in respect of questions relating to fisheries, protection and preservation of the marine environment, marine scientific research and navigation, including pollution from vessels and by dumping, Ukraine chooses a special arbitral tribunal constituted in accordance with Annex VIII.

Ukraine recognises the competence, as stipulated in article 292 of the Convention, of the International Tribunal for the Law of the Sea in respect of questions relating to the prompt release of detained vessels or their crews.

2. Ukraine declares, in accordance with article 298 of the Convention, that it does not accept, unless otherwise provided by specific international treaties of Ukraine with relevant States, the compulsory procedures entailing binding decisions for the consideration of disputes relating to sea boundary delimitations, disputes involving historic bays or titles, and disputes concerning military activities.

(Höflichkeitsübersetzung) (Original: Ukrainisch)

„1. Die Ukraine erklärt, dass sie nach Artikel 287 des Seerechtsabkommens der Vereinten Nationen von 1982 als wichtigstes Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Seerechtsübereinkommens ein in Übereinstimmung mit Anlage VII gebildetes Schiedsgericht wählt. Zur Prüfung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Seerechtsübereinkommens in Bezug auf Fragen betreffend Fischerei, Schutz und Bewahrung der Meeresumwelt, wissenschaftliche Meeresforschung und Schifffahrt, einschließlich der Verschmutzung durch Schiffe und durch Einbringen, wählt die Ukraine ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII gebildetes besonderes Schiedsgericht.

Die Ukraine erkennt die in Artikel 292 des Seerechtsübereinkommens festgelegte Zuständigkeit des Internationalen Seegerichtshofs in Bezug auf Fragen betreffend die sofortige Freigabe zurückgehaltener Schiffe und Besatzungen an.

2. Die Ukraine erklärt nach Artikel 298 des Seerechtsübereinkommens, dass sie, sofern nicht in besonderen völkerrechtlichen Verträgen zwischen der Ukraine und betroffenen Staaten etwas anderes vorgesehen ist, den obligatorischen Verfahren nicht zustimmt, die bindende Entscheidungen zur Prüfung von Streitigkeiten betreffend die Abgrenzung von Meeresgebieten, von Streitigkeiten über historische Buchten oder historische Rechtstitel und von Streitigkeiten über militärische Handlungen nach sich ziehen.

- | | |
|--|--|
| <p>3. Ukraine declares, taking into account articles 309 and 310 of the Convention, that it objects to any statements or declarations, irrespective of when such statements or declarations were or may be made, that may result in a failure to interpret the provisions of the Convention in good faith, or are contrary to the ordinary meaning of terms in the context of the Convention or its object and purpose.</p> <p>4. As a geographically disadvantaged country bordering a sea poor in living resources, Ukraine reaffirms the necessity to develop international cooperation for the exploitation of the living resources of economic zones, on the basis of just and equitable agreements that should ensure the access to fishing resources in the economic zones of other regions and sub-regions."</p> | <p>3. Die Ukraine erklärt unter Berücksichtigung der Artikel 309 und 310 des Seerechtsübereinkommens, dass sie gegen jede Erklärung ungeachtet des Zeitpunkts ihrer Abgabe Einspruch erhebt, die dazu führen kann, dass das Seerechtsübereinkommen nicht in gutem Glauben ausgelegt werden kann, oder die im Widerspruch zur üblichen Bedeutung der Begriffe im Rahmen des Seerechtsübereinkommens oder zu seinem Ziel und Zweck steht.</p> <p>4. Als geographisch benachteiligtes Land, das Anrainer eines an lebenden Ressourcen armen Meeres ist, bekräftigt die Ukraine die Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit zur Ausbeutung der lebenden Ressourcen von Wirtschaftszonen auf der Grundlage gerechter und ausgewogener Übereinkünfte weiterzuentwickeln, welche den Zugang zu Fischressourcen in den Wirtschaftszonen anderer Regionen und Subregionen sicherstellen sollen."</p> |
|--|--|

Ungarn hat dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 5. Februar 2002 nachstehende Erklärung nach Artikel 287 notifiziert:

(Übersetzung)

"... the Government of the Republic of Hungary makes the following declaration in relation to Article 287 of the United Nations Convention on the Law of the Sea adopted in Montego Bay on 10 December 1982:

In accordance with Article 287 of the said Convention the Government of the Republic of Hungary shall choose the following means for the settlement of disputes concerning the interpretation or application of the Convention in the following order:

1. The International Tribunal for the Law of the Sea,
2. The International Court of Justice,
3. A special tribunal constructed in accordance with Annex VIII for all of the categories of disputes specified therein."

„Die Regierung der Republik Ungarn gibt folgende Erklärung zu Artikel 287 des am 10. Dezember 1982 in Montego Bay angenommenen Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen ab:

Nach Artikel 287 des genannten Übereinkommens wählt die Regierung der Republik Ungarn folgende Mittel zur Beilegung von Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung des Übereinkommens in folgender Reihenfolge:

1. den Internationalen Seegerichtshof,
2. den Internationalen Gerichtshof,
3. ein in Übereinstimmung mit Anlage VIII für alle dort aufgeführten Arten von Streitigkeiten gebildetes besonderes Gericht.“

III.

Das Übereinkommen vom 28. Juli 1994 zur Durchführung des Teiles XI des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1982 (BGBl. 1994 II S. 2565; 1997 II S. 1327) ist nach seinem Artikel 6 Abs. 2 für folgende weitere Staaten in Kraft getreten:

Costa Rica	am	20. Oktober 2001
Kamerun	am	27. September 2002
Kuwait	am	1. September 2002
Tunesien	am	23. Juni 2002
Ungarn	am	7. März 2002.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 15. Mai 1995 (BGBl. II S. 602), 13. Januar 1996 (BGBl. II S. 351), 29. Juli 1997 (BGBl. II S. 1599), 9. August 1999 (BGBl. II S. 870) und 7. November 2001 (BGBl. 2002 II S. 110).

Berlin, den 30. Oktober 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Geier

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. – Druck: DMB Bundesdruckerei GmbH & Co. KG

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH., Postfach 13 20, 53003 Bonn

Telefon: (02 28) 3 82 08-0, Telefax: (02 28) 3 82 08-36

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 45,00 €. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,40 € zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 2002 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Konto der Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. (Kto.Nr. 399-509) bei der Postbank Köln (BLZ 370 100 50) oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3,70 € (2,80 € zuzüglich 0,90 € Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 4,30 €.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

ISSN 0341-1109

Bundesanzeiger Verlagsges.mmbH. · Postfach 13 20 · 53003 Bonn

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 1998 · Entgelt bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern

Vom 4. November 2002

Schweden hat dem Generalsekretär des Europarats am 3. Juli 2002 die Kündigung des Europäischen Übereinkommens vom 24. April 1967 über die Adoption von Kindern (BGBl. 1980 II S. 1093) notifiziert.

Das Europäische Übereinkommen über die Adoption von Kindern wird daher nach seinem Artikel 27 Abs. 3 für

Schweden
am 4. Januar 2003

außer Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachungen vom 21. Januar 1981 (BGBl. II S. 72) und 5. August 2002 (BGBl. II S. 2364).

Berlin, den 4. November 2002

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
M. Schaefer